

Sperrfrist, Montag, 17. November 2025, 19 Uhr ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Dankesrede des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, anlässlich der Verleihung des Augsburger Friedenspreises 2025 am 17. November 2025

[ANREDE]

Es ist mir eine große Ehre und Freude, heute Abend hier vor Ihnen stehen zu dürfen, um im 375. Jubiläumsjahr den Augsburger Friedenspreis entgegennehmen zu dürfen.

Vielen Dank für Ihre Laudatio, lieber Herr Prof. Lammert. Es tut auch mir gut, wenn noch zu meinen Lebzeiten Positives über mich gesagt wird ...

Etwas geschmeichelt fühle ich mich schon, dass ich nun in einer Reihe mit Namen wie Michail Gorbatschow, Richard von Weizsäcker und Erzbischof Alfons Nossol stehe. Deren Verdienste um den Frieden in der Welt sind in jedem Fall größer als meine. Dennoch danke ich Ihnen von Herzen, dass Sie mir diesen Preis heute verleihen. Ich freue mich wirklich sehr darüber.

Meine Damen und Herren,

Einen der Augsburger Friedenspreisträger, den des Jahres 1991, kannte ich sehr gut. Er war und ist mir ein großes Vorbild. Es handelt sich um Rabbiner Nathan Peter Levinson sel. A. Er war ein enger Freund meines Vaters David Schuster. In einer Zeit, als unsere Gemeinde in Würzburg noch keinen festangestellten Rabbiner hatte, besuchte er meine Familie und die Synagoge in meiner Heimatstadt Würzburg öfters.

Rabbiner Levinson war nicht nur ein Vordenker und Lehrer. Er war auch ein Macher. Er schob Dinge an. Ohne ihn gäbe es zum Beispiel die Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg nicht. Nathan Peter Levinson war auch ein Mann des Friedens. Er wollte Gräben überbrücken. Auch Gräben innerhalb des Judentums: Er war liberaler Rabbiner, meine Familie war eher traditionell. Er machte Mut und spendete Hoffnung. Mir führte er vor Augen, dass Dialog tatsächlich etwas bewirken kann. Dann nämlich, wenn er sich nicht in wohlklingenden Parolen und höflichen Worten erschöpft, sondern pragmatisch ist und lösungsorientiert.

Gerade angesichts der Spaltungen und Spannungen, die wir heute wieder erleben – ich komme gleich noch darauf zu sprechen – ist es wichtig zu betonen, dass wir den Dialog pflegen müssen und ihn dort, wo er eingeschlafen ist und wo Gräben entstanden sind, erneuern.

Rabbiner Levinson entging nur knapp der Verfolgung durch die Nazis und konnte 1941 in die USA auswandern. In den 60er Jahren kehrte er als US-Militärrabbiner nach Deutschland zurück und war damit wohl der erste deutsche Militärrabbiner der Nachkriegszeit, obgleich nicht in Diensten der deutschen, sondern der amerikanischen Streitkräfte. Seit ein paar Jahren gibt es auch in der Bundeswehr Militärrabbinder. Der Zentralrat hat dafür mit dem Bund einen Staatsvertrag abgeschlossen. Das war ein Meilenstein, ein Zeichen des Vertrauens, das die jüdische Gemeinschaft in unsere Soldaten hat. Sie schützen alle, und damit auch uns, gegen die wachsenden Bedrohungen von außen.

Nathan Peter Levinson durfte diese Entwicklung leider nicht mehr erleben, er starb 2016. Aber ich bin mir sicher, er hätte sich gefreut. Und: Unsere neue Stiftung zur Rabbinerausbildung ist nach ihm benannt. Sein Name lebt also weiter.

Meine Damen und Herren,

Gestatten Sie mir einen kurzen Schwenk in die Vergangenheit. 1555 wurde hier in Augsburg der Reichs- und Religionsfrieden geschlossen. Vorangegangen waren Jahrzehnte der Gewalt zwischen Katholiken und Protestanten. Die Einigung war natürlich keine perfekte Lösung. Sie billigte den jeweiligen Landesherren das Recht zu festzulegen, welcher Konfession ihre Untertanen zu sein hatten. „Cuius regio, eius religio“ war das Motto. Von echter Religionsfreiheit war man weit entfernt. Wem die Entscheidung des Fürsten nicht passte, der wurde verfolgt oder wanderte freiwillig aus. Doch der Vertrag brachte das vorläufige Ende der Religionskriege. Die Protestanten wurden erstmals als Religionsgemeinschaft anerkannt.

Es gab im Heiligen Römischen Reich noch eine dritte Glaubensgemeinschaft, die Juden. Sie waren vom Augsburger Religionsfrieden nicht tangiert. Sie waren nirgends so recht willkommen. Denn Protestanten und Katholiken konnten sich – bei aller gegenseitigen Feindschaft – im Zweifel auf die Juden als gemeinsamen Feind einigen.

Christlichen Antisemitismus gab es schon lange vor der Reformation. Doch zur Wahrheit gehört, dass Martin Luther entscheidend zu seiner Verbreitung und Verstärkung beigetragen hat. Luther wollte die Juden im Deutschen Reich – es waren gerade einmal 30.000 bis 40.000 – zwar gewaltfrei zum Christentum bekehren; eine damals eher unübliche Methode. Der Reformator konnte mit dem sehr kruden Antisemitismus der damaligen Zeit wenig anfangen. Er war ja ein äußerst gebildeter Mensch. Antisemit war er trotzdem. In seiner Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“ behauptete Luther, die Juden würden den Rest der Bevölkerung „im eigenen Land“ gefangen halten, seien „verfluchte Wucherer“ und spuckten den Christen ins Gesicht.

Für Luther waren die Juden die Herrenmenschen. Das ist natürlich blanker Unsinn. Aber viele nahmen es ihm ab. Die damals gängigen antisemitischen Vorurteile sind bis heute verbreitet, obwohl die Menschen doch viel klüger sein müssten. Erst spät – viel zu spät! – hat die Evangelische Kirche in Deutschland sich mit dem Antisemitismus ihres Kirchengründers befasst. Umso wichtiger ist es, dass sie es getan hat. Ich bin ihr dankbar dafür.

Nun komme ich zur Gegenwart. Ja, eine Mehrheit der Deutschen hat aus der Geschichte gelernt. Ja, Deutschland meint es ernst damit, die dunklen Momente seiner Vergangenheit aufzuarbeiten, auch und gerade, was den eliminatorischen Antisemitismus der Nazis und seine Wurzeln angeht. Die Kirchen haben ebenfalls gehandelt. Es ist Vertrauen gewachsen: Vertrauen darauf, dass die dunkle Vergangenheit uns nicht wieder einholt.

Und doch: Der Dialog, den Menschen wie Rabbiner Levinson und Bischof Nossol initiiert haben, er ist seit dem 7. Oktober 2023 einer großen Belastung ausgesetzt. Das gilt vor allem für den Dialog zwischen Juden und Muslimen. Aber auch für den zwischen Juden und Christen.

Noch nie seit 1945 wurden in Deutschland so viele judenfeindliche Vorfälle verzeichnet wie in den letzten zwei Jahren. Ich weiß, einige können das Thema nicht mehr hören. Liebend gerne würde ich über etwas anderes sprechen. Aber wir sind Zeugen einer Entwicklung, die der jüdischen Gemeinschaft große Sorgen macht und

die man nicht einfach, um des lieben Friedens willen, unter den Teppich kehren darf. Sie sollte auch in der Breite der Gesellschaft für Unbehagen sorgen.

Sicher, in Deutschland ist es nicht ganz so schlimm wie anderswo in Europa. Denn als Jude wird man hier vom Staat ja immer noch gut geschützt. Ich bin der Polizei dankbar, dass sie unsere Einrichtungen schützt. Anders wäre jüdisches Leben in Deutschland nicht möglich.

Doch normal ist es nicht, dass es so einen Sicherheitsapparat braucht. Stellen Sie sich mal vor, man müsste alle deutschen Kirchen rund um die Uhr bewachen und vor den Eingängen Betonpoller und Sicherheitsschleusen aufbauen: Ein Aufschrei der Empörung ginge durch das Land.

Für uns Juden ist das normal. Wir müssen durch Metalldetektoren hindurch, wenn wir in den Gottesdienst oder ins Gemeindezentrum gehen. In Großstädten ist es zudem normal geworden, dass man religiöse Symbole verstecken muss. Dass Männer ihre Kippa mit einer Baseballmütze bedecken und Frauen die Halskette mit dem Davidstern zuhause lassen.

All das gab es schon vor dem 7. Oktober 2023. Doch seither ist es viel schlimmer geworden. Unverhohlener, enthemmter Hass auf jüdische Menschen entlädt sich fast täglich auf deutschen Straßen, an unseren Universitäten, vor Synagogen. Am Abend des 7. Oktober 2023 wurde in Berlin der Massenmord an Juden bejubelt; es wurden Bonbons verteilt.

Deutschland im Jahr 2025 hinterlässt zwiespältige Gefühle bei mir. Ich sehe einerseits, dass die Politik es ernst meint mit dem Versprechen, dass Antisemitismus in hier keinen Platz haben sollte. Ich glaube den Menschen, die „Nie wieder ist jetzt“ rufen, dass sie das genauso meinen. Und doch: Der Antisemitismus hat nach wie vor einen Platz. Einer immer prominenteren.

Warum wird ausgerechnet Deutschland, das weltweit für seine Erinnerungskultur gewürdigt wird, plötzlich zum Hotspot? Hinter vorgehaltener Hand hört man immer wieder die einst von Jürgen Möllemann vorgetragene These, die israelische Regierung sei selbst schuld am Antisemitismus.

Nun will ich nicht bestreiten, dass der Nahostkonflikt den Judenhass bei uns beeinflusst. Israels Verhalten dient aber in erster Linie als Entschuldigung, um etwas auszudrücken, was man schon immer sagen wollte, sich aber nicht getraut hat zu sagen.

Antisemiten waren schon immer kreativ, wenn es darum ging zu erklären, warum den Juden nicht zu trauen sei. Erst waren wir Christusmörder, dann Brunnenvergifter und tranken Kinderblut. Später galten wir als rassistisch minderwertig. Und für viele sind wir Spekulanten oder Manipulatoren der öffentlichen Meinung. Es hat nichts mit unserem Handeln zu tun.

Und wenn man Juden weh tun will, greift man Israel an. „Israel ist der Jude unter den Nationen geworden“, hat der ehemalige kanadische Justizminister Irwin Cotler mal treffend gesagt. Die Vereinten Nationen verurteilen den jüdischen Staat öfter als alle anderen Staaten der Welt zusammen. Vor dem 7. Oktober und auch seither. Sicher, Kritik an Israel, am Handeln seiner Regierung, ist legitim. Auch harte Kritik. Es mangelt übrigens nicht daran, weder in Deutschland noch in Israel.

Was aber auch Auswirkungen auf das jüdische Leben in Deutschland hat, ist die Selektivität der Empörung. Wir erleben sie in unseren Medien. Da gilt oft der Satz „No Jews, no news“. Wenn keine Juden/Israelis involviert sind, ist es keine Meldung wert.

Während sie das Vorgehen der Hamas als „bewaffneten Widerstand gegen die Besatzung“ verharmlosen, präsentieren viele Israel als kriegslüsterne Nation. Schnell schleichen sich antisemitische Stereotype in den Diskurs ein. Ausgeblendet wird, dass Israel angegriffen wurde und sich zur Wehr setzt. Das passt nicht ins Narrativ vom Aggressor-Staat Israel, welches sich in der westlichen Welt kontrafaktisch ausbreitet. Zuletzt wurde in der Stadt mit der größten jüdischen Gemeinde außerhalb Israels, in New York, ein Mann zum Bürgermeister gewählt, der mit solchen Ideen hausieren geht, der Israel die Legitimität und damit das Existenzrecht abspricht. Er und seine Gesinnungsgenossen verunglimpfen den Zionismus als „siedlerkolonialistisches Projekt“, und wer heute jemand beschimpfen will, ruft ihn einen „Zionisten“.

Waren zu Luthers Zeiten die 30,000 oder 40,000 Juden im Deutschen Reich der Sündenbock, ist es heute der Staat Israel. Schlimmer noch: Nicht wenige Intellektuelle bestreiten in Bausch und Bogen, dass es Israel-bezogenen Antisemitismus gibt. Sie reden stattdessen von einer „Antisemitismus-Keule“. Sie sollten es besser wissen. Doch bekanntlich wissen wir seit Luthers Zeiten: Klugheit schützt vor Antisemitismus nicht...

Antijüdische Ressentiments wachsen und gedeihen überall: an den Rändern des politischen Spektrums und auch in seiner Mitte. Während man politischen Extremismus mit rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen kann, ist das in der Breite der Gesellschaft schwieriger. Selbst die Kirchen sind nicht gänzlich immunisiert. Von einer evangelischen Gemeinde in Darmstadt wurde letztes Jahr ein „antikolonialer Weihnachtsmarkt“ veranstaltet, auf dem Buttons mit Hamas-Symbolen verkauft wurden. Und in Hamburg unterstellte ein Pfarrer Israel neulich einen „grenzenlos erscheinenden Hass“ und „Vernichtungswillen“.

Damit ich nicht missverstanden werde: Antisemitismus existiert in vielen Kirchen und Religionsgemeinschaften. Er ist auch in der katholischen Kirche präsent. Ich bin deshalb Papst Leo XIV. dankbar, dass er die Haltung des Vatikans nochmals klargestellt hat. Und Antisemitismus gibt es nicht nur bei religiösen, sondern auch bei säkularen Menschen. Es gibt ihn selbst unter Juden. Aber diese Erkenntnis macht es nicht besser.

Meine Damen und Herren,

Ich verstehe, dass der Gaza-Krieg die Menschen aufgewühlt hat. Die Bilder der Zerstörung sind schrecklich, das Leiden der palästinensischen Zivilbevölkerung auch. Und ja: Nicht jede Entscheidung der israelischen Regierung war leicht zu verstehen. Unschuldige Menschen sind ums Leben gekommen.

Was mir aber missfällt an der Debatte sind die einseitigen Schuldzuweisungen an Israels Adresse. Man tut so, als hätte es die 1250 Toten und die 250 am 7. Oktober als Geiseln Genommenen nie gegeben. Seltsam auch: Bei Israel sind sich plötzlich alle einig: Linksextreme, Rechtsextreme, Islamisten und auch ganz normale Friedensbewegte aus der Mitte der Gesellschaft. Jeder, der es wagt, dieser „Allianz der Antisemiten“ zu widersprechen, wird umgehend als „Genozid-Leugner“ beschimpft.

Neulich wurde der Genozid-Vorwurf in der lutherischen Erlöserkirche von Jerusalem erhoben. Mein Stellvertreter Abraham Lehrer aus Köln nahm an einem Gottesdienst der evangelischen Gemeinden teil. Er wollte damit ein Zeichen der Verbundenheit mit den Kirchen setzen. Doch der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche im Heiligen Land sprach in seiner Predigt von einem „Genozid“ Israels.

Abraham Lehrer ist dann aufgestanden und hat aus Protest die Kirche verlassen. Zu Recht, finde ich, denn der Vorwurf des Bischofs war schlicht falsch und stellte eine Täter-Opfer-Umkehr dar. Ich bin der EKD-Ratsvorsitzenden, Bischöfin Kirsten Fehrs, auch sehr dankbar, dass sie dazu eindeutig Stellung dazu bezogen hat.

Aber ich will auf etwas anderes hinaus. Mitten in Jerusalem, mitten in Israels Hauptstadt, hielt ein Bischof eine Rede, in der er Israel des Genozids beschuldigte. Er konnte das frei sagen. Es kam keine Polizei. Es gab keine Zensur. Ich glaube nicht, dass ein Imam in einer Moschee in Ankara den türkischen Staatspräsidenten derart hätte kritisieren können, ohne mit ernststen Konsequenzen rechnen zu müssen. Doch in Israel herrscht Meinungsfreiheit. Dort können alle ihren Glauben praktizieren. Das war nicht immer so. Von 1948 bis 1967, als Jordanien für die Altstadt Jerusalems zuständig war, konnten Juden nicht zur Klagemauer. In vielen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens gilt bis heute das Prinzip „Cuius regio, eius religio“. Israel ist eines der wenigen Länder, in dem die Religionsfreiheit garantiert wird – vom Staat. Dass es mitunter auch Probleme gibt, will ich nicht leugnen.

Angriffe und Spuckattacken gegen christliche Geistliche durch junge Juden oder Übergriffe von Siedlern auf friedliche Palästinenser sind inakzeptabel!

Aber Fakt ist auch: In Israel sind 20 Prozent der Bevölkerung nicht-jüdisch. Kennen Sie ein anderes Land in der Region, in dem auch nur 5 Prozent der Bevölkerung Juden wären? Dabei gab es einmal große jüdische Gemeinden, in Ägypten, in Syrien, in Libyen. Das ist noch gar nicht so lange her. Heute wird dennoch einzig und allein der Staat der Juden angefeindet, weil er angeblich Muslime und Christen unterdrückt.

Ich würde mir wünschen, dass wir fair auf Israel blicken, ohne Schaum vor dem Mund. Bei jenen, die auf Straßen und Plätzen seit zwei Jahren täglich „From the River to the Sea“ brüllen und ein judenreines Palästina propagieren, habe ich die Hoffnung auf Fairness aufgegeben. Bei Leuten, die wie der künftige New Yorker Bürgermeister zu einer „globalen Intifada“ aufrufen, ist auch Hopfen und Malz verloren. Aber bei der Mitte unserer Gesellschaft, bei den Kirchen und den demokratischen Parteien, da bin ich zuversichtlich, dass wir den Trend umkehren können.

Wir haben viel erreicht im interreligiösen Dialog. Wir Juden haben Freunde und Verbündete, auch und gerade in den Kirchen. Sie stehen seit Jahrzehnten an unserer Seite, wenn Juden in Deutschland angegriffen und Antisemitismus verbreitet wird. Wir dürfen ruhig auch mal stolz auf das Erreichte zurückblicken!

Manchmal, wie 60 Kilometer entfernt von hier in Langenau der Fall, sind selbst evangelische Kirchengemeinden vom Judenhass betroffen, und ich bin der Kirchenleitung in Württemberg sehr dankbar, dass sie sich angesichts der Anfeindungen sogenannter pro-palästinensischer Demonstranten vor Pfarrer Ralf Sedlak und seine Gemeinde gestellt hat.

Aber der Nahostkonflikt hat auch manchen Graben aufgerissen. Und ich muss es so deutlich sagen: Wenn unsere Dialogpartner die Grundlagen jüdischer Sicherheit und Existenz in Frage stellen – und dazu gehört nun mal der Staat Israel – dann ist der Dialog schwierig, wenn nicht unmöglich.

Wir erwarten nicht, dass uns jeder in allem zustimmt. Aber eine klare und unmissverständliche Haltung gegen Antisemitismus in jedweder Ausprägung, das erwarten wir schon.

Der Schutz Israels und der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland: Das gehört für mich zusammen. Wer Israel dämonisiert, kann nicht glaubwürdig gegen Antisemitismus eintreten. Sicher, es gibt auch jüdische Israel-Hasser. Aber allen sei

gesagt: Die Frage, ob es einen jüdischen Staat geben soll oder nicht, ist seit 1947 abschließend geklärt! Wer heute zum Boykott aufruft, greift nicht nur Israel an. Er vergeht sich auch an den Grundfesten unserer Ordnung. Eines will er ganz sicher nicht: Frieden.

Der Preis, den ich heute entgegennehmen darf, ist für mich ein Aufruf zum Handeln. Denn Frieden entsteht nicht durch nette Worte und schon gar nicht durch betretenes Schweigen. Frieden kann nur entstehen, wenn wir ehrlich miteinander sind.

Wir alle wollen Frieden. Frieden kann aber nur entstehen, wenn nicht mehr die Aggressoren mit den Angegriffenen verwechselt werden. Frieden ist nicht allein die Abwesenheit von Krieg. Frieden ist die Präsenz von Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und gegenseitigem Respekt. Gerade im interreligiösen Dialog müssen die Beteiligten sich deswegen klar von jenen distanzieren, die den Frieden untergraben. Das geschieht auch. Aber es muss noch mehr ins Bewusstsein aller dringen.

Meine Damen und Herren.

Der Augsburger Friedenspreis erinnert an das Friedensfest von 1650. Heute, 375 Jahre später, haben Sie entschieden, eine jüdische Stimme auszuzeichnen. Wir Juden waren damals nicht dabei. Heute sind wir Partner der Kirchen. Dafür danke ich allen Verantwortlichen, und natürlich ganz besonders der Jury des Friedenspreises, sehr.

Ich danke auch meiner Frau Jutta und meinen beiden Kindern Aron und Ruth. Ohne ihre Unterstützung und Liebe wäre meine Arbeit in den letzten Jahrzehnten schlicht nicht möglich gewesen. Auch ihnen gehört deshalb dieser Preis. Die Auszeichnung nehme ich auch stellvertretend für die jüdischen Gemeinden in Deutschland entgegen, die ich seit 2014 repräsentieren darf.

Möge uns allen die Weisheit und der Mut gegeben sein, für den Frieden in Gerechtigkeit und Wahrheit einzutreten.

Herzlichen Dank!